

**DIE LINKE
SPD**

Bündnis 90/Die Grünen

Bürgerschaftsfraktionen

An die
Frau Stadtpräsidentin
der Hansestadt Lübeck

▪ **Datum: 28.09.2010**

Zu Punkt 4.18 der Tagesordnung
Drucksache Nr.

Austauschblatt

Sitzung der Bürgerschaft am 30. September 2010

Resolution

**Keine Kürzungen bei Lübecker Frauenhäusern und
Frauenberatungsstellen**

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Lübecker Bürgerschaft fordert die Landesregierung Schleswig-Holsteins auf, Abstand zu nehmen von den angekündigten Kürzungs- und Schließungsplänen für die Frauenberatungsstellen und das Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt in Lübeck.

Lt. "Handout" des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration bedeuten die Einsparungen bei Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern für Lübeck in Zahlen die Summe von Euro 498.890,-. D.h. 88% der hier landesweit vorgesehenen Einsparungen treffen Lübeck - und die Beratungsstelle Frau & Beruf ist in dieser Summe noch nicht einmal enthalten.

Ein Rückschritt in der Hilfe und Unterstützung für Frauen und Kinder in Not- und Krisensituationen und ein Zerfall des mit viel investierter Arbeit aufgebauten sozialen Netzes ist so nicht hinnehmbar. Die professionelle Hilfe für Opfer von Gewalt, Vergewaltigung, sexuellem Missbrauch, die auch in der häuslichen Umgebung stattfinden, muss erhalten bleiben – andernfalls steigt die Gefahr, dass Frauen und Kinder in lebensbedrohliche Situationen kommen.

Gleiches gilt für die geplante Streichung der Landesförderung von Mixed Pickles e.V. Auch hier wäre die seit Jahren erfolgreich geleistete Arbeit in Beratung und Unterstützung von Frauen und Mädchen mit Behinderung gefährdet.

Ebenso gefährden die im ersten Schritt geplanten Kürzungen der Mittel für FRAU & BERUF das Beratungsangebot, die danach vorgesehene Schließung hätte zur Folge, dass Berufsrückkehrerinnen sowie arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen kein vergleichbares Beratungsangebot in Lübeck mehr vorfinden.

Bewährten und funktionierenden Hilfsangeboten soll mit dem Sparpaket die finanzielle Grundlage entzogen werden. So entzieht sich das Land Schleswig-Holstein seiner Verpflichtung, Frauen und Kinder vor häuslicher Gewalt zu schützen,

Die mehr als überproportionalen vorgesehenen Kürzungen bedeuten für Lübeck einen massiven Einschnitt in die vorhandene Mindestausstattung einer funktionierenden kommunalen Fraueninfrastruktur.

Begründung erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

Antje Jansen
Fraktionsvorsitzende

Susanne Hilbrecht
Fraktionsvorsitzende

Peter Reinhardt
Fraktionsvorsitzender